



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Service Öffentliche Kunden 3  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



INVESTITIONSBANK  
SACHSEN-ANHALT

und elektronisch

- entweder per Datenträger  
(USB-Stick, CD-/DVD-ROM)
- oder per E-Mail<sup>1</sup> an  
auszahlung-oek@ib-lsa.de

## AUSZAHLUNGSAНTRAG

### Sachsen-Anhalt INTEGRATION

Laufende Nummer des Auszahlungsantrages

Letzter Auszahlungsantrag

Abrechnungszeitraum

Tag/Monat/Jahr

bis

Tag/Monat/Jahr

### 1. ANGABEN DER/ DES KUNDEN

Name, Vorname/ Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

--	--	--	--

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Auszahlungsantrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

### 2. ANGABEN ZUR FÖRDERUNG

Kurzbezeichnung des Vorhabens

Vorgangsnummer

Bei Einreichung des ersten Auszahlungsantrags:  
Datum Abschluss erster Lieferungs-/ Leistungsvertrag

Tag/Monat/Jahr

<sup>1</sup> Bitte beachten Sie hierbei, dass der unverschlüsselte E-Mailversand unsicher und mit diversen Risiken verbunden ist.



## 6. SACHBERICHT

- 6.1 Bestehen Abweichungen zu dem genehmigten Förderzweck?  Ja  Nein
- 6.2 Ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt der festgesetzte Abschluss des Vorhabens inkl. der Zielreichung anhand der Indikatoren gefährdet?  Ja  Nein
- 6.3 Bestehen wesentliche Abweichungen vom festgesetzten Finanzierungsplan?  Ja  Nein

Sofern Sie eine oder mehrere Fragen in Ziffer 6.1 bis 6.3 mit „Ja“ beantwortet haben, erläutern Sie für diese Frage(n) bitte die Gründe. (Sollte der Platz nicht ausreichen, nutzen Sie bitte eine gesonderte Anlage.)

## 7. DEM AUSZAHLUNGSAНTRAG WURDEN NACHFOLGENDE UNTERLAGEN BEIGEFÜGT:

- Anlage 1 - **Mit dem ersten Auszahlungsantrag:** Darstellung, wie der Publikationspflicht gem. dem Zuwendungsbescheid nachgekommen werden soll bzw. wird

## 8. ERKLÄRUNGEN DER/DES KUNDEN

- a) Ich versichere/Wir versichern, dass die Ausgaben notwendig waren, mit den Fördermitteln wirtschaftlich und sparsam verfahren wurde und dass die Angaben in diesem Auszahlungsantrag mit den Geschäftsbüchern und -belegen übereinstimmen.
- b) Ich/Wir erkläre(n), dass in den abgerechneten förderfähigen Ausgaben keine Umsatzsteuer enthalten ist, soweit diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer abziehbar ist. Eine ggf. im Nachhinein erfolgte Korrektur der abziehbaren Vorsteuerbeträge in der Umsatzsteuer-Voranmeldung/ Umsatzsteuer-Erklärung ist unverzüglich anzugeben.
- c) Ich/Wir erkläre(n), dass die in diesem Auszahlungsantrag bzw. Nachweis der Verwendung abgerechneten Ausgaben nicht Gegenstand von anderen bewilligten Fördervorhaben und auch nicht Bestandteil von vorhergehenden Mittelanforderungen sind.
- d) Ich/Wir erkläre(n), dass die mit diesem Auszahlungsantrag abgerufenen Mittel innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Mir/Uns ist bekannt, dass soweit die Mittel nicht in dem vorgegebenen Zeitraum nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet werden und der Zuwendungsbescheid / das Zuweisungsschreiben nicht widerrufen oder nicht zurückgenommen ist, für die Zeit bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen in Höhe von drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich erhoben werden.
- e) Bei bereits erfolgten Teilauszahlungen bestätige ich die zweckentsprechende Verwendung der ausgezahlten Zuschüsse.
- f) Ich versichere/Wir versichern, dass die anteiligen Zahlungen an die einzelnen Sozialversicherungsträger (beinhaltet sowohl die Überweisung des Arbeitgeber- wie auch Arbeitnehmeranteils) korrekt und gemäß vorliegender Gehaltsabrechnungen getätigten wurden.
- g) Ich/Wir erkläre(n), dass die diesem Auszahlungsantrag zugrunde liegenden Aufträge entsprechend den Bestimmungen im Zuwendungsbescheid / Zuweisungsschreiben über die Auftragsvergabe vergeben worden sind.
- h) Ich bin/ Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-)Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden.
- i) Gilt nur, sofern die Gesamtausgaben des Kunden (d. h. nicht nur auf ein bestimmtes Projekt bezogen) zu über 50% aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert werden und Personalausgaben im Auszahlungsantrag abgerechnet werden:  
Ich/Wir erkläre(n), dass ich meine/wir unsere Beschäftigten nicht besser gestellt haben als vergleichbare Bedienstete des Landes, d. h. es werden keine höheren Entgelte als nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) oder dem als gleichwertig geltenden Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) in der jeweils geltenden Fassung sowie keine über- und außertariflichen Leistungen gewährt. Sofern TV-L oder TVöD keine Anwendung finden oder über TV-L oder TVöD hinaus zusätzliche Leistungen gewährt werden, habe(n) ich/wir die Leistungen an die Beschäftigten in dem Formular „Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ bzw. in der „Anlage zur Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ vollständig angegeben; über die dort angegebenen Leistungen hinaus werden keine weiteren Leistungen gewährt. Sofern ich/wir die „Anlage zur Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ für den jeweiligen Beschäftigten bereits mit einem

- früheren Auszahlungsantrag eingereicht habe(n), erkläre(n) ich/wir, dass es keine Änderungen gegenüber den früheren Angaben gegeben hat.
- j) Sofern Reisekosten in den Auszahlungsanträgen abgerechnet wurden, erkläre(n) ich/ wir, dass ich/ wir die Abrechnung nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) in der jeweils geltenden Fassung vorgenommen habe(n).
- k) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Urs ist bekannt, dass die Angaben unter den Ziffern 1., 2., 3., 4., 5. und 6. dieses Auszahlungsantrages, die Angaben in den gemäß Ziffer 7 beizufügenden Anlagen sowie die Erklärungen in Ziffer 8.a), 8.b), 8.c), 8.d), 8.e), 8.f), 8.g.), 8.h.) und 8.j) dieses Auszahlungsantrages subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Gemäß § 3 SubvG besteht zudem die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns daher, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben unverzüglich zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

#### UNTERSCHRIFT(EN) DER/ DES KUNDEN

Ort, Datum

**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)